DIE LINKE. Fraktion im Kreistag Nordsachsen, Maxim-Gorki-Platz 1, 04838 Eilenburg

Herr Landrat Kai Emanuel
Schlossstraße 27
04860 Torgau

Dr. Michael Friedrich
Fraktionsvorsitzender

Geschäftsstelle
Maxim-Gorki-Platz 1
04838 Eilenburg

kontakt@linksfraktion-nordsachsen.de

Eilenburg, 02.11.2026

Fraktion DIE LINKE	22.10.2026
Ältestenrat	02.11.2026
Finanzausschuss	16.11.2026
Kreisausschuss	17.11.2026
Kreistag	09.12.2026

Betreff: Transparenz über unzureichend finanzierte Pflichtaufgaben von Bund und Land

Beschlussvorschlag:
Der Kreistag beschließt, die Verwaltung zu bitten, mit dem Haushaltsentwurf für die Jahre 2027/2028 im Vorbericht eine Übersicht über wesentliche Pflichtaufgaben vorzulegen, bei denen die dem Kreis entstehenden Aufwendungen nicht vollständig durch Bund oder Land beziehungsweise andere vorrangige Finanzierungsträger gedeckt werden. Aufbauend auf der bisherigen Praxis der Erläuterungen der einzelnen Haushaltsansätze soll diese Übersicht in kompakter tabellarischer Form zusammenfassend darstellen - soweit dies mit vertretbarem Aufwand möglich ist - ob und in wie weit das Konnexitätsprinzip bei diesen Pflichtaufgaben durch den Bund oder das Land verletzt wird. Folgende Gliederung wird vorgeschlagen:

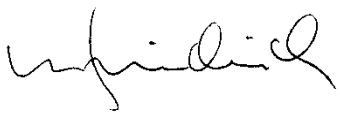
1. Pflichtaufgabe und wesentliche Rechtsgrundlagen;

2. geplante Gesamtaufwendungen des Kreises in den Jahren 2027 bzw. 2028;

3. voraussichtliche Erstattungen oder Zuweisungen von Bund und Land sowie sonstige Refinanzierungen in den Jahren 2027 bzw. 2028;

4. den beim Kreis verbleibenden kommunalen Eigenanteil und seine Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in den Jahren 2027 bzw. 2028;

5. eine kurze Einordnung, ob die Verwaltung eine strukturelle Unterfinanzierung durch den Bund oder - bei landesrechtlich übertragenen beziehungsweise ausgeweiteten Aufgaben - eine Verletzung der in der Sächsischen Landesverfassung Art. 85 Abs. (2) garantierten Konnexität sieht. Die Darstellung soll sich auf maximal 10 finanziell wesentliche Aufgaben konzentrieren und nach Möglichkeit die größten Belastungsbereiche gesondert hervorheben.



Dr. Michael Friedrich

Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Die Verwaltung benennt die strukturelle Unterfinanzierung kommunaler Aufgaben selbst als eine zentrale Herausforderung. Gleichzeitig wird ein wesentlicher Teil des Kreishaushalts durch gesetzlich vorgegebene Pflichtaufgaben bestimmt. In der öffentlichen und politischen Diskussion bleibt jedoch häufig unsichtbar, wie hoch der tatsächliche Eigenanteil des Kreises bei einzelnen Aufgaben ist und welche staatliche Ebene für die Finanzierung verantwortlich ist. Gerade bei steigenden Sozial-, Personal- und Transferaufwendungen reicht der Hinweis auf „externe Belastungen“ für eine politische Bewertung nicht aus.

Eine jährliche Konnexitäts- und Unterfinanzierungsübersicht würde sichtbar machen, an welchen Stellen Aufgaben nicht auskömmlich gegenfinanziert werden und wie sich die kommunale Belastung entwickelt. Sie könnte zugleich eine belastbare Grundlage für konkrete Forderungen gegenüber Land und Bund schaffen.

Dabei soll nicht jede Kostensteigerung pauschal als Konnexitätsverstoß bezeichnet werden. Die Übersicht soll vielmehr zwischen allgemeiner Unterfinanzierung, unzureichender Kostenerstattung und möglichen Konnexitätsfragen unterscheiden und damit für mehr Transparenz in den Haushaltsberatungen sorgen.